



HESSISCHER LANDTAG

31. 08. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhalt des Friedens und weltweite atomare Abrüstung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag setzt sich für Frieden und die Achtung der allgemeinen Menschenrechte in Hessen, Deutschland und überall auf der Welt ein. Den Frieden zu bewahren und bewaffnete Konflikte und Gewalt zu verhindern und wo möglich zu beenden, ist ein zentrales Ziel des Landtags. Dies gilt insbesondere auch für die Verhinderung eines Einsatzes von Nuklearwaffen.
2. Der Landtag begrüßt, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der internationalen Friedensordnung und der Bündnisverpflichtungen gegenüber den NATO-Partnern für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt einsetzt. Er betont dabei, dass die Einbindung in die NATO auch für Hessen von höchster Bedeutung ist. Um weltweiten Bedrohungen wirksam zu begegnen und diese zu reduzieren, bittet er die Bundesregierung, sich weiterhin für weltweite allgemeine Abrüstung im Rahmen von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen einzusetzen. Ebenso soll sich die Bundesregierung für die Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis, welches das Ziel des Erhalts des Friedens und eine weltweit atomare Abrüstung verfolgt, einsetzen.
3. Der Landtag nimmt mit Interesse zur Kenntnis, dass unter anderem im Kontext des Vertrags der Vereinten Nationen zum Verbot von Kernwaffen eine intensive Debatte über den Umgang mit Atomwaffen stattfindet. Der Landtag verweist hierbei auf die Zuständigkeit der Bundesregierung, die Deutschland völkerrechtlich vertritt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 31. August 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)